

Frau
Mag.a iur. Claudia Lukowitsch
Bundesministerium für Arbeit, Soziales
und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien
Per E-Mail an: VII8@bmask.gv.at

Kontakt
Dr. Christian Peter

DW
210

Unser Zeichen
Dr. Pt/Sc -38/2012

Ihr Zeichen
BMASK-462.207/0020-VII/B/8/2012

Datum
21.09.2012

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz, GBK/GAW-Gesetz, BEinstG und BGStG geändert werden

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erlauben uns, zum Gesetzesentwurf für eine Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes Stellung zu nehmen.

Aus Sicht von Oesterreichs Energie wird die Ausweitung der Verpflichtung zur Angabe des Mindestentgeltes in Stelleninseraten auf Bereiche ohne kollektivvertragliches Mindestentgelt kritisch gesehen.

Konkret nehmen wir dazu Stellung wie folgt:

Zu § 9 Abs. 2, § 23 Abs. 2 und § 49 Abs. 4 GIBG:

Nach der in diesen Bestimmungen vorgesehene Ausweitung der Verpflichtung zur Angabe des Mindestentgeltes in Stelleninseraten auf Bereiche ohne kollektivvertragliches Mindestentgelt ist unklar, ob davon auch Leitungspositionen erfasst sind. Die Begründung in den Erläuterungen, dass es für Bewerber in Bereichen, für die keine lohngestaltende Vorschriften zur Anwendung gelangen, schwierig ist, das für einen konkreten Arbeitsplatz gebührende Entgelt festzustellen, trifft auf Leitungspositionen nicht zu. Vorstandsgehälter von großen Aktiengesellschaften werden ohnedies im Geschäftsbericht und in der Wiener Zeitung veröffentlicht und sind somit transparent. Darüber hinaus finden sich diese Angaben für alle Kapitalgesellschaften auch im Firmenbuch und können dort eingesehen werden. Potenzielle Bewerber/innen für Führungspositionen sind darüber hinaus in einem hohen Maß über das wirtschaftliche Umfeld informiert, sodass von Informationsdefiziten nicht ausgegangen werden kann.

Die Angabe von Mindestgehältern bei Führungspositionen würde dem Auswahlverfahren in ungebührlicher Weise vorgreifen, weil Gehaltsvorstellungen in diesen Bereichen ein relevantes Bestellungskriterium darstellen. Darüber hinaus ist eine exakte betragsmäßige Festlegung der Mindestgrundlage für die Verhandlungen aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen der Bewerber nicht möglich bzw. schränkt diese die Verhandlungsparteien in unsachlicher Weise ein.

Aus diesen Gründen, sollte in den erläuternden Bemerkungen deutlich klargestellt werden, dass diese Regelung Führungspositionen in Branchen mit Kollektivverträgen nicht betrifft.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Österreichs E-Wirtschaft und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Weiters übermitteln wir diese Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrats.

Mit besten Grüßen

DI Dr. Peter Layr
Präsident

Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin